

Gegenstand: Dauer der Ratssitzungen - Beratungsvorschläge der SWG-Stadtratsfraktion

Frau Dr. Mang-Schäfer erläutert die Anregungen zur Verkürzung der Ratssitzungen, die auch von anderen Fraktionen mitgetragen werden und die sie gerne besprochen hätte. Die Eingabe der SWG-Fraktion ist ausgelegt und wird als Anlage beigefügt.

Versuche der freiwilligen Beschränkung gab es laut Herrn Popescu schon einige, allerdings bisher alle wirkungslos. Er plädiert für eine Redefolge je Fraktion.

Die Redeordnung war immer wieder Thema, so Herr Feiniler, seit OB Eger sei die Sitzungsdauer aber ausgeübert. Bei einigen Fraktionen oder Einzelratsmitgliedern stoßen Appelle einfach auf taube Ohren. Zudem werden Punkte, die in den Ausschüssen bereits ausgiebig vorberaten wurden, anschließend im Rat wieder abgesetzt und in die Ausschüsse zurückverwiesen. Die SPD werde das nicht mehr länger mitmachen. Die Sitzungsdauer sei auch für Verwaltungsmitarbeiter nicht zumutbar. Außerdem sei die Getränkeversorgung in der Stadthalle bei langen Sitzungen mangelhaft. Die Telefonschalten während der Corona-Beschränkungen waren sehr funktional und effektiv. Dabei wurde auch vereinbart, sich in Anträgen und Anfragen für die Sitzungen einzuschränken.

Auch Frau Dr. Mang-Schäfer erinnert an die Relevanz in den Ausschüssen, z.B. beim Medienentwicklungsplan (MEP) für Schulen, wo vieles im Rat nochmals redundant vorgestellt wurde. Wenn andere Punkte, die in den Ausschüssen nicht ausreichend vorbesprochen wurden, von der Tagesordnung des Stadtrats abgesetzt werden, verkürzt das die Sitzungen eher.

Frau Keller-Mehlem plädiert für die Einhaltung einer definierten Abfolge. Wunsch ist es, mehr Bürgerbeteiligung in den Rat einzubringen. Bei beschlossenen Anträgen könnte eine Farbgestaltung über das laufende Verfahren informieren.

Verkehrsthemen brauchen laut Herrn Czerny mehr Raum. Als Vorschlag für eine schnellere Bearbeitung bringt er ein, Informationen zu Überplanungen bereits im Vorfeld zur Verfügung zu stellen, z.B. am Beispiel Sankt-Guido-Stifts-Platz. Herr Feiniler erwidert, Stadtpolitik bestehe nicht nur aus Verkehr, auch wenn das den Grünen besonders wichtig sei.

Laut Herrn Oehlmann hat eine Koordinierung der Anträge der Kooperation in der letzten Ratssitzung gefehlt. Wenn man erkennt, dass es eher Widerstand gegen einen Antrag gibt, sollte einer Verweisung in die Fachausschüsse zugestimmt werden, anstatt ihn auf Biegen und Brechen durchdrücken zu wollen. Stattdessen hat man jetzt eine Diskussion um Redebeschränkungen.

Herr Haupt stellt fest, der Fachvortrag habe zeitlich alles gesprengt. Er wendet sich gegen Überlegungen, den Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu nehmen, sich einzubringen. Mammutsitzungen waren bisher nicht die Regel und müssen von Mandatsträgern ausgehalten werden. Dass viele Ratsmitglieder beim Vortrag der Behindertenbeauftragten den Saal verlassen haben, bezeichnet er als grobe Missachtung der Wertschätzung.

Auch Herr Oehlmann findet Posts in den sozialen Netzwerken, die sich dazu verabreden: bei den Behindertenbeauftragten verlassen wir den Raum, als absolut unpassend.

Frau Keller-Mehlem unterstreicht, dass die Wichtigkeit von Angelegenheiten in den Fraktionen unterschiedlich wahrgenommen wird. Sie thematisiert Irritationen wegen der Zusammenfassung von Punkten ohne vorherige Ankündigung.

Aus Sicht von Herrn Czerny sind 2 Sitzungen des Verkehrsausschusses pro Halbjahr zu wenig. Der Gastvortrag (MEP) habe ihm persönlich durchaus etwas gebracht. Externe Referenten sollten in der Tagesordnung aber evtl. vorgezogen werden.

Anträge und Anfragen sind laut Herrn Popescu nach GemO auf die Tagesordnung zu nehmen. Bei den Telefonschalten habe die Selbstbeschränkung gut funktioniert. Seit jedoch Kameras dabei sind, ist alles anders. Das wörtliche Verlesen von Anträgen und Anfragen sei vollkommen sinnlos; teilweise wurden sie auch im Ausschuss schon einmal verlesen.

Der SWG geht es laut Frau Dr. Mang-Schäfer auch um die Transparenz, zu sehen, welche Punkte bereits in der Vergangenheit beauftragt worden sind. Sollte dies technisch im Ratsinfo nicht oder nur aufwendig zu realisieren sein, könnte auch ein Beiblatt mit dem jeweiligen Sachstand dazugeladen werden.

Die Geschäftsordnung gibt aus Sicht der Vorsitzenden bereits reichlich Möglichkeiten, die Sitzungsdauer zu straffen. Im vergangenen Jahr ist das auch gut gelungen. Ratsmitglieder sind gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Wählerschaft. Der parlamentarischer Auftrag umfasst auch die eigene Aufarbeitung von Themen durch die Ratsmitglieder. Die Disziplin, Anfragen schriftlich beantworten zu lassen, liegt in der Verantwortung der Fraktionen. Der Vortrag zum MEP war aus ihrer Sicht wichtig, weil dieser horrenden Kosten zur Folge hat.

Die Änderung von § 6 Geschäftsordnung bedarf eines politischen Antrags. Die Verwaltung sieht allerdings keinen wirklichen Bedarf. Ein Vorziehen von Präsentationen in der Tagesordnung ist allgemein möglich. Frau Dr. Mang-Schäfer wünscht sich einen Hinweis auf externe Referenten bei den Tagesordnungspunkten. Die Zusammenfassung von Punkten sollte vor Einleitung der Tagesordnung beschlossen werden; dies wird seitens der Vorsitzenden zugesagt. Im vorliegenden Fall habe sich das aus den Redebeiträgen so entwickelt und sei ursprünglich nicht so vorgesehen gewesen.

Die Vorsitzende äußert sich aus Sicht der Verwaltung kritisch zu Beschränkungen der Sitzungsdauer, die nur eine Verschiebung der Punkte und damit eine Mehrung von Sitzungen zur Folge hätten. Auch eine weitere Einschränkung der Redezeit ist nicht notwendig, wenn man sich diszipliniert an der Geschäftsordnung orientiert. Hinterfragt werden muss aber die Handhabung von Anfragen, wenn trotz Nachfrage eine mündliche Beantwortung gefordert wird.

Frau Dr. Mang-Schäfer schlägt vor, dass die schriftliche Beantwortung der Standard sein soll; mündliche Erörterung nur noch, wenn ausdrücklich beantragt.

Dies kann die SPD laut Herrn Feiniler mittragen. Er erwartet das dann aber auch von den anderen Fraktionen.

Gegenstand: Änderung des Tagesordnungspunktes "Verschiedenes"

Die Vorsitzende schlägt vor, den Punkt „Verschiedenes/Sonstiges“ durch einen allgemeinen Tagesordnungspunkt „Informationen der Verwaltung“ zu ersetzen. Für die Fraktionen besteht immer die Möglichkeit zur Aufnahme bestimmter Punkte, die ihnen wichtig erscheinen, über einen Antrag vor Eintritt in die Tagesordnung mit formaler Beschlussfassung.

Dies entspricht laut Herrn Popescu im Wortlaut dem Wunsch der Linken, nachdem „Verschiedenes“ in letzter Zeit wiederholt für deplatzierte politische Statements missbraucht wurde.

Demgegenüber bietet dieser Punkt aus Sicht von Herrn Haupt die Möglichkeit, unmittelbar auf aktuelle Geschehnisse zu reagieren. Deshalb sollte dieser Tagesordnungspunkt nach Ansicht der AfD so bleiben wie er ist.

Frau Dr. Mang-Schäfer signalisiert Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung seitens der SWG; politisch relevante Punkte können spontan auf die Tagesordnung genommen werden. Herr Haupt ergänzt, wenn dafür die notwendigen Mehrheiten vorhanden sind.

Herr Feiniler präzisiert für die SPD, dass die Geschäftsordnung unter „Verschiedenes“ nicht die Möglichkeit vorsehe, Anfragen oder Anträge außerhalb der regulären Tagesordnung in die Diskussion zu bringen.

Auch Frau Keller-Mehlem sieht die Entwicklung der letzten Sitzungen fragwürdig, die CDU stimmt dem Vorschlag daher zu.

Gegenstand: Form der Protokolle von Ausschüssen

Hier handelt es sich laut Vorsitzender um ein Thema mit Bärtchen und Locken. Bereits seit 2014 sind in den Ausschüssen nur noch Ergebnisprotokolle vorgesehen. Leider hat sich schon wieder die unterschiedlichste Handhabung auch in der Verwaltung herausgebildet. Eine Mitzeichnung ist an sich nicht mehr vorgesehen, es wird in diesem Zusammenhang an die Regelungen des § 41 GemO erinnert. Trotzdem werden immer wieder wörtliche Zitate gewünscht.

Frau Dr. Mang-Schäfer fragt nach, wie dann mit nicht beantworteten Fragen aus den Ausschüssen umgegangen werden soll. Beratungspunkte, die politisch wichtig waren, sollten auch Erwähnung finden und nicht nur mit „es wurde ausgiebig diskutiert“ protokolliert werden.

Auch für Frau Keller-Mehlem ist die Nachverfolgung von Weg und Entwicklung wichtig, deshalb sollten wichtige Aspekte durchaus erwähnt werden. Die mitzeichnenden Ratsmitglieder erinnern teilweise an aus ihrer Sicht erwähnenswerte Zitate: Dies sollte laut Vorsitzender dann aber auf alle gerichtet sein und nicht nur auf die Äußerungen der eigenen Gruppe, die für das Ergebnis u.U. nicht von Bedeutung sind.

Herr Haupt erkundigt sich nach der Anzahl von Beschwerden.

Herr Czerny stellt fest, dass die Aufnahme bestimmter Äußerungen ins Protokoll auf Antrag in der Sitzung möglich ist.

Frau Dr. Mang-Schäfer regt die Vorab-Freigabe der Niederschriften mit der Kennzeichnung „Entwurf“ an. Dies ist aus Sicht der Verwaltung schwierig und kritisch, weil es sofort Diskussionen um die einzelnen Entwurfsfassungen geben könnte. Die Fraktionen werden zudem an die Fristen zur Mitzeichnung erinnert.

Frau Dr. Mang-Schäfer regt an, Beantwortungen von Einzelpunkten vom allgemeinen Protokoll zu trennen und zu versenden.

Gegenstand: Besetzung Kriminalpräventiver Rat
[Vorlage: 0424/2020](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Kriminalpräventive Rat (KPR) ist laut Vorsitzender eine Organisationsstruktur des Landes RLP, die in Speyer seit 2015 nicht mehr getagt hat. Die hier vorgeschlagene Besetzung ist stark am Beispiel Ludwigshafen orientiert und setzt sich aus Multiplikatoren unterschiedlichster Bereiche zusammen. Der erste Sitzungstermin ist der 25.11.2020.

Herr Haupt möchte wissen, wie diese Zusammensetzung entstanden ist und warum z.B. Frau Braun in diesem Gremium sitzt. Sie ist nach Ausführung der Vorsitzenden als Mitarbeiterin der Stadt Speyer in der Funktion der persönlichen Referentin der OB gesetzt.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, ob der KPR nur allgemeine Punkte bespricht oder auch Sondersitzungen zu ganz bestimmten Themen, z.B. Weihnachtsmarkt vorgesehen sind. Dazu gibt es laut Vorsitzender diverse Arbeitsgruppen intern innerhalb der Verwaltung. Der KPR hat eher übergeordnete Funktion und beschäftigt sich z.B. auch mit Thematiken wie vermuteten Angst-Räumen.

Herr Popescu hinterfragt, warum die Leistungsgemeinschaft vertreten sei, aber keine Vertreter von Gaststätten und Hotellerie oder Schaustellern. Der stationäre Handel ist laut Vorsitzender geladen, z.B. wegen der Einbruchs- oder Landendiebstahlsproblematik o.ä. in der Innenstadt. Der Einwand sei aber ein guter Hinweis, das Gremium noch um weitere Akteure zu erweitern.

Die Besetzung wird ansonsten zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gegenstand: Angaben von Nachhaltigkeitszielen und Haushaltswirksamkeit auf Anfragen/Anträgen der Parteien

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass mit Einführung der SDG auf den Ratsvorlagen auch eine Evaluierung nach einem halben Jahr vorgesehen war. Es wird in Erinnerung gerufen, dass neben der Verwaltung auch von der Politik entsprechende Hinweise zur Nachhaltigkeit und Finanzierung von Anträgen kommen sollten, da bisher nichts Entsprechendes zu beobachten sei.

Frau Dr. Mang-Schäfer kritisiert, dass die Ratsvorlagen der Verwaltung zwar mit Nachhaltigkeitszielen versehen seien, man diese aber nicht nach den Einzelzielen aufrufen und evaluieren könne, so dass es eher ein schönes farbiges Beiwerk sei, für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele aber wenig Effekt habe. Die Verwaltung sagt zu, zu prüfen, ob eine entsprechende Markung und Indizierung technisch möglich ist.

8. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 08.09.2020



8. Sitzung des Ältestenrates 08.09.2020 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!